

Burgbernheim kommt den Bürgern entgegen

Der Stadtrat hat die Hebesätze für die Grundsteuer in jüngster Sitzung angeglichen – Bürgermeister Matthias Schwarz kritisiert die Aussagen der Staatsregierung

VON KATRIN MERKLEIN

BURGBERNHEIM – Die Stadt Burgbernheim gleicht zum 1. Januar 2025 die Hebesätze für die Grundsteuer an. Nach längerer Diskussion kam der Stadtrat zu einem Kompromiss, auch um bei den Bürgern nicht den Eindruck zu erwecken, die Kommune wolle aus der Steuerreform großen Profit schlagen.

Die bisherige Grundsteuer war verfassungswidrig und musste nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts neu geregelt werden, erläuterte Kämmerer Rainer Rank. Noch könne man die Auswirkungen im Haushalt nur abschätzen, da noch nicht alle Bescheide eingegangen seien und noch nicht alle „Mess-

beträge ins System importiert“ sind, so Rank. Der Hebesatz für Grundsteuer A, für land- und forstwirtschaftliche Flächen, und für die Grundsteuer B, für bebaute oder bebaubare Grundstücke, lag in Burgbernheim bislang bei jeweils 450 Prozent. Rank schlug vor, die Grundsteuer A auf 500 Prozent anzuheben und B auf 270 Prozent zu senken. So würde man etwas mehr einnehmen als bislang, etwa 60.000 Euro bei der Grundsteuer B.

„Es wird welche geben, die zahlen massiv mehr, welche, die gleich bleiben, und welche, die drunter liegen“, so Bürgermeister Matthias Schwarz (Freie Bürger/FB). Darauf habe die Stadt mit dem Hebesatz wenig Einfluss. Grundlage sei der vom Finanzamt festgelegte Messbetrag. Jenes Amt sei daher auch An-

laufstelle bei Beschwerden, so Schwarz. Martin Birngruber (FB) betonte, dass die Gesamtsteuereinnahmen der Gemeinden nach der Reform, laut Staatsregierung, in etwa gleichbleiben sollen. Bernd Markert, Ortssprecher für Pfaffenhofen, fügte an, dass es bei den Bürgern eine ganz andere Außenwirkung habe: Aus deren Sicht wolle sich die Stadt bereichern. „Ich glaube auch nicht, dass 60.000 Euro im Haushalt so viel rausreißen.“

Zahlen erst einmal abwarten

Auch Astrid Paulus-Berberich (CSU) und Johannes Helgert (FB) plädierten dafür, in einem „ersten Schritt noch nicht zu erhöhen“, man solle erst einmal abwarten, wie sich die Zahlen entwickeln, sonst sei die

Diskussion schwierig, so Helgert. „Von der Gesamtsumme her würde ich gleich bleiben, in ein, zwei Jahren kann man erhöhen“, schlug Paulus-Berberich vor.

Schwarz erklärte, dass rund 2000 Bescheide dann erneut verschickt werden müssten; man habe an der Grundsteuer seit 1986 nicht gerüttelt. Würde man die Hebesätze wie vorgeschlagen angleichen, sei es eine Erhöhung von zehn Prozent in einem Zeitraum von fast 40 Jahren, seit Jahren liege Rank ihm schon in den Ohren damit, „dass wir an die Grundsteuer ran müssen“. Er habe vorgeschlagen die Reform abzuwarten und in diesem Zuge etwas zu ändern, sagt Schwarz.

Eine völlig legitime Erhöhung an sich, darüber war man sich im Rat einig, nur eben zum falschen Zeit-

punkt. Schwarz wies zudem darauf hin, dass die Stadt im nächsten Jahr einen „schwierigen Haushalt zu stemmen“ habe, schon beim aktuellen habe man „mit Ach und Krach“ die Mindestzuführung geschafft.

Als eine „Frechheit“ bezeichnete er es, dass der Freistaat die Aussage getroffen habe, dass die Einnahmen der Kommunen in etwa gleich bleiben sollten. „Der Staat macht sich leicht. Erst nehmen sie uns unsere Straßenausbaubeitragsatzung, und dann soll man schauen, wo man bleibt“, sagte Schwarz. Als „Nicht-Grundsteuerzahler“ schlug Roman Mollwitz (SPD) einen Kompromiss vor. Bei 245 Prozent für B hätte man in etwa die gleichen Einnahmen wie zuvor, also könne man sich vielleicht auf 260 einigen. Diesem Vorschlag folgte das Gremium.